



Bündnis 90 / Die Grünen



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Mitglied im Rat der Hansestadt Buxtehude
Ingrid Smerdka-Arhelger**

Hansestadt Buxtehude
Bürgermeisterin
Frau Katja Oldenburg-Schmidt
Bahnhofstraße 7
21614 Buxtehude

Buxtehude, den 21.08.2026

Antrag, den Sprachmittler*innen-Pool ab 2027 für Buxtehude zu erhalten

Sehr geehrte Frau Oldenburg-Schmidt,

Bündnis 90/ Die Grünen stellen zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen folgenden Antrag:

Die Hansestadt Buxtehude setzt sich beim Landkreis Stade für die Beibehaltung der bisherigen Regelung für die Sprachmittler*innen im LK Stade ein.

Für den Fall, dass der Landkreis Stade bei seinem Beschluss bleibt, wird die Hansestadt Buxtehude mit Beginn des Jahres 2027 auf Grundlage der Erfahrungen der AWO zum Bedarf an Sprachmittler*innen in Buxtehude einen Teil des Sprachmittlermittlerpools sowie das bisherige, noch angewandte Konzept des LK Stade übernehmen.

Die Haushaltsmittel dafür werden im Rahmen nächsten Haushaltsberatungen eingestellt.

Begründung:

Der Beschluss des Landkreises, ab 2027 Sprachmittler*innen nur noch für die Menschen zur Verfügung zu stellen, die über das Integrationszentrum betreut werden, beendet für Großteil geflüchteter Menschen, deren Sprachkenntnisse für Gespräche in z.B. Schulen, Kindergärten oder bei Ärzten nicht ausreichen, die begleitende Unterstützung. Damit wird die Lösung für Verständigung auf die sowieso schon stark belastenden Einrichtungen verschoben. Allerdings lehnen etliche Ärzte wegen des größeren Aufwandes die Behandlung ohne die Anwesenheit von Sprachmittlern ab. Hierzu gibt es nach der ab 2027 geltenden Regelung keine Lösung.

Hinzu kommt, dass der Landkreis Stade nur eine Person (ohne Vertretungsregelung) für die Zuweisung

der ca. 800 Personen, die vom Integrationszentrum betreut werden sollen, einsetzt. Die Folge ist, dass derzeit nicht einmal die Menschen, die vom Integrationszentrum betreut werden sollten, dort einen Termin bekommen und deshalb auch keine Unterstützung durch Sprachmittler bekommen.

Erst Kürzlich hat sich der Rat mehrheitlich an den Innenminister gewandt, Kürzungen in den Integrationskursen zurückzunehmen. Nun wird durch das geplante Zurückfahren des Sprachmittlerpools dem betroffenen Personenkreis auch noch die Verständigungsunterstützung entzogen.

In der Summe erschweren diese Maßnahmen die Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Smerdka-Arhelger